

# Deutsche Freiheit

**Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands**

Nummer 110 — 2. Jahrgang      Saarbrücken, Dienstag, 15. Mai 1934      Chefredakteur: M. Braun

**Aus dem Inhalt**

Stalin wird uncuhiq	Seite 3
Wec bezahlt die deutsche Aufstütuq	Seite 4
Die Stimmung im Reiche	Seite 7
Prozess Paula Wallisch	Seite 7

## „Thälmann des Todes schuldig“

### Der große Kommunistenprozess — Es werden Todesurteile gefordert

#### Gestern und heute

Berlin, 14. Mai. Aus der „Deutschen Wochenchau“ macht ein Aufsatz die Kunde durch die ganze nationalsozialistische Presse, der die legale Ermordung des Kommunistenführers Thälmann fordert. Sowohl in der erwähnten Zeitschrift wie in den nationalsozialistischen Zeitungen trägt der Aufsatz die Überschrift: „Thälmann des Todes schuldig“. Es wird der Beginn des Prozesses gegen den Kommunistenführer angekündigt und das Todesurteil gefordert. Da Thälmann nach der Beiseiteziehung des Reichsgerichts vor das neue rein politisch zusammengesetzte Volksgericht gestellt werden wird, ist die Präsektion der Beginn eines Massendruckes auf die Richter, unter allen Umständen ein Todesurteil zu fällen. Man will eine Niederlage des Regimes, wie sie im Reichstagsprozess vor der ganzen Welt offenbar wurde, vermeiden. Dieser Gedankengang übersteht allerdings, daß ein Bluturteil, für das auch im Falle Thälmann keine Unterlagen vorhanden sein werden, noch größere Schande für das „dritte Reich“, zumal im Ausland, bedeuten würde, als die Einkerkelung, die monatelange Befragung Unschuldiger und die Hinrichtung des preußischen Ministerpräsidenten gegen wehrlose Angehörige im Kelzinger Prozess. Es scheint so, als begriffen das manche Leute in der Reichsregierung sehr wohl, und als ob deren Gegner die Rachegefühle roher Massenkräfte gegen vernünftige Erwägungen mobilisieren wollten.

haben und ob sie ihn nachträglich in Wort und Schrift gutließen. Unter anderem wird Thälmann für den Blutsonntag in Altona, der 17 Todesopfer forderte, verantwortlich gemacht. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Gagerstedt, der damals den nationalsozialistischen Umzug erlaubte, in dessen Verlauf es zu den schweren Schickereien zwischen Nazis und Kommunisten und zum Einsatz von Polizeikräften kam, ist bekanntlich vor einiger Zeit im Konzentrationslager ermordet worden. Nun soll die Rache an dem Kommunistenführer folgen.

Der bevorstehende Prozess soll noch einmal die Welt glauben machen, daß die Nationalsozialisten Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt haben und Thälmann soll als der Inbegriff bolschewistischer Mordlust dargestellt werden. Gegen den Kommunistenführer ist sehr viel einzuwenden. Vor allem dies: er hat weder die intellektuellen noch die charakterlichen Fähigkeiten, die an einen Mann gestellt werden, der eine so hochentwickelte Arbeiterklasse wie die deutsche führen soll. Das festzustellen wird uns die gehässige Enttäuschung kommunistischer Journalisten nicht hindern. Verlogen und v-roßt aber ist es, Ernst Thälmann zu einem Mordbrenner kempeln zu wollen.

Der geplante Prozess soll die von verleumdete Rachepluttern für notwendig erachtete Ermordung Thälmanns legalisieren und dem Volk ein großes Schauspiel zur Ablenkung von den täglichen Notzuständen bieten, soll außerdem die vielen Millionen Gegner des Systems einschüchtern und niederhalten.

Der Prozess wird das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt ist. Er wird die Revolutionierung in Deutschland beschleunigen. Das System hat kein Glück mehr, und Blut und Schrecken werden das Glück nicht zurückbringen. Die Sozialisten aber haben die Pflicht, mit allen zusammenzutreten, die Thälmanns und seiner Kameraden Rettung vor den Blutstrichtern und Senfern des deutschen Reichskanzlers fordern und betreiben. Thälmann und seine Mitangeklagten, gegen die nichts vorliegt als kämpferische Reden, wie sie viel terroristischer vom Reichskanzler selbst und tausenden seiner Unterführer gehalten wurden, sind in höchster Lebensgefahr. Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt muß gegen die Justizbarbarei des „dritten Reichs“ aufgestellt werden, um Justizmorde an den kommunistischen Führern zu verhindern.

„Was aber den jetzigen Aufschwung betrifft, so verdient ein Teil der neuangestellten Arbeiter vorläufig nicht sehr viel mehr als Lohn als zuvor an Arbeitslosenunterstützung.“ In welchem Heftblatt stand das schon wieder? In der „Frankfurter Zeitung“ vom 13. Mai, Handelsteil, Seite 5 — in einem langen Artikel gut versteckt, aber doch nicht eben unauffindbar.

Das ist noch präziser ausgedrückt, als wenn man bloß sagt, „daß diesen vier Millionen nicht die Löhne bezahlt werden, die ein der Kulturhöhe des deutschen Volkes entsprechender Lebensstandard bedingt und daß das Los des Arbeiters noch nicht das menschenwürdige Kulturiveau erreicht hat“. Immerhin, für Herrn Dr. Göbbels ist solch ein Zugeständnis allerhand. Er hat es in seiner letzten großen Rede im Sportpalast machen müssen.

Am kräftigsten war es freilich, als einer schrie: „Den deutschen Arbeitern werden heute Hungerlöhne gezahlt — im Interesse des nationalen Wiederaufbaus.“ Der dies, halb ergrimmt, halb beklommen zugab, war Herr Dr. Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront. Er sagte es vor mehr als einem Monat, und wie man sieht, ist es inzwischen nicht besser geworden.

Und dann wundern sich manche Leute, wenn auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg nur 23 Prozent der Belegschaft für die Naziliste stimmten, die zugleich die Liste des Unternehmers ist: wenn es bei Siemens u. Halske in Berlin auch nur etwa 30 Prozent waren und auf den Zechen des Ruhrgebiets gar nur vier bis zehn. Ja, wer von der deutschen Arbeiterschaft nur gehört hat, daß sie „dem Führer zugejubelt“, der muß sich freilich mächtig wundern; Hitler hat in den deutschen Betrieben anscheinend im Durchschnitt nur ein Viertel der Arbeiter hinter sich.

Die übrigen drei Viertel, von denen Herr Dr. Göbbels zugab, daß sie noch kein menschenwürdiges Kulturiveau erreicht hätten, sind offenbar dieselben, von denen er in der gleichen Rede sagte: „Sie haben an allem etwas auszusehen. Sie kleben sich an die lächerlichsten Kleinigkeiten.“

Darum, sagte Göbbels, soll man Opfer bringen. Der Unternehmer so gut wie der Arbeiter, der Arbeiter so gut wie der Unternehmer. Dieser Göbbels merkt schon gar nicht mehr, wie geläufig er bereits den Unternehmerjargon spricht.

„Frollein“, sagt der Chef, „Sie müssen nicht gleich ein Gesicht ziehen, wenn Sie mal ne halbe Stunde länger bleiben müssen. Ich rackere mich täglich vierzehn Stunden für den Betrieb ab und sehe auch nicht auf die Uhr.“ Seht ihr: Der Unternehmer bringt wirklich Opfer für seine — des Unternehmers — Sache. Da kann er wohl verlangen, daß auch der Arbeiter Opfer für seine — des Unternehmers — Sache bringt. Das nennt man die trennenden Unterschiede besessigen.

Und darum, so meinen Hitler, Göbbels und Ley, sei es schließlich doch keine übertriebene Zumutung, wenn der Arbeiter eine Zeilang seine Arbeitskraft fast umsonst verkauft, es geschieht ja im Interesse des nationalen Ausbaus.

Ja, im Interesse dieses Ausbaus würde der Arbeiter seine Arbeitskraft wahrscheinlich gerne für geringes Entgelt in den gemeinsamen Topf werfen. Wenn er wüßte, daß es sein Topf und sein Aufbau sei. Statt dessen sieht er nur das alte, trübselige Geschäft, das man seit Jahrzehnten kennt: Verkauf der Ware Arbeitskraft zu gedrückten Preisen. So gedreht wie noch nie.

Das Materielle an dem Vorgang ist schlimm. Das Moralische vielleicht noch schlimmer. Die Arbeitskraft ist des Arbeiters einziger Besitz. Man mutet ihm zu, ihn für einen Bettelpfennig herzugeben. Kein Minister, kein Unternehmer kann nachempfinden, was das für die Selbstachtung des Arbeiters bedeutet. Ihre Geltung in der Gesellschaft ist tausendfach gesichert durch Besitz und sozialen Einfluß. Die Geltung des Arbeiters hängt von der Geltung seiner Arbeitskraft ab. Sinkt diese ab, dann sinkt er ihr auf die Dauer unweigerlich nach.

Diese Senkung ist unter Hitler in vollem Zug. Kein Gerede von „vorübergehenden Opfern“ kann die Arbeiter darüber täuschen. Darum — das stellt sich jetzt bereits heraus — ist das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ ein schwerer Fehlschlag gewesen. Ein Fehlschlag, weil die Täuschung mißlang.

Argus

Aus kraftmeyerischen und unvorsichtigen Reden Thälmanns, an denen freilich kein Mangel ist, will man eine persönliche Verantwortung für kommunistische Terrorakte, insbesondere für Morde herleiten, an denen Kommunisten beteiligt waren. Das im Grunde nichts gegen Thälmann vorliegt, geht aus folgendem Abschnitt des Aufsatzes hervor:

Wenn auch die KPD meisterhaft bei allen ihren Aktionen die Spuren zu verwickeln suchte, in dem Falle Thälmann handelt es sich nicht um die Verantwortung für eine Einzeltat, sondern für unzählige Mordtaten, um die Verantwortung für eine Methode politischer Berechnung, die Deutschland jahrelang einem Zustand des Bürgerkriegs überantwortet hat.

Es kommt nicht darauf an, ob ein direkter Befehl an diese oder jene untergeordnete Stelle erlangen ist, trotzdem selbstverständlich auch das sehr leicht nachweisbar ist. Es kommt darauf an, ob die oberste KPD-Führung und Thälmann selbst den Anstoß zu dem Terror gegeben

## Keine Naziuniformen in katholischen Kirchen

### Versöhnliche Rede des Gauleiters von Köln

Köln, 13. Mai. Vor kurzem ist der katholische Regierungspräsident zur Bonfen nach Stettin versetzt worden. An seine Stelle trat der frühere Leiter der Geheimen Staatspolizei Diels. Noch ehe dieser Gelegenheit hatte, in die schweren Auseinandersetzungen einzugreifen, die gerade im Rheinland zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus um die katholische Jugend geführt werden, hat der Gauleiter und Staatsrat Grohe in dem Städtchen Waldbröl im Siegbkreis eine Rede gehalten, die auf ein Einlenken der Nationalsozialisten hinzuweisen scheint. Laut dem „Westfälischen Beobachter“ (Nr. 205) sagte er:

Die Kirche habe bis in die jüngsten Tage es ungern gesehen, daß Volksgenossen mit der Uniform der nationalsozialistischen Bewegung in der Kirche erschienen seien. Sie habe auch mehrfach erklärt, daß das Mitbringen von Fahnen der NSDAP in die Kirche nicht gestattet werden könnte. Die NSDAP sei immer bestrebt gewesen, den Wünschen der Kirche so weit als möglich entgegenzukommen. Es sei deshalb richtig, wenn alle Parteigenossen in Zukunft ihre Kirchenpflichten in ziviler Kleidung erfüllten und die Uniform nur außerhalb der Kirchen tragen würden.

Die NSDAP habe sich immer mit Recht dagegen gewandt, daß das Zentrum die Kirche zu seinen politischen Zwecken mißbrauche. Die NSDAP dürfe sich auch nicht den Wünschen geben, als wolle sie heute durch den Verlust der Kirche ihre Uniform daselbst tun, was sie früher mit Recht den konfessionellen Parteien vorgeworfen habe.

Die Vertreter der Kirche hätten ihre Geistlichen angewiesen, Anträgen auf Abhaltung von Feldkantatekündigungen nicht stattzugeben, weil durch die übliche Teilnahme von Katholiken und Protestanten an solchen Feld-

kantatekündigungen die konfessionelle Verschiedenheit verwischt werden könnte. Auch in dieser Beziehung wolle man der Sache der Kirche durchaus Rechnung tragen, und zwar dadurch, daß in Zukunft Feldkantatekündigungen nicht mehr in die Veranstaltungsprogramme aufgenommen würden.

Am 17. März las es auch ganz in der Richtung des nationalsozialistischen Volkes das Braunhemd als Symbol der Gemeinschaft aller Deutschen ohne Rücksicht auf Konfessionen zu betrachten; und ebenso bei nationalsozialistischen Veranstaltungen alle trennenden Momente, wie sie ja auch im Konfessionellen lägen zu vermeiden.

Bei dieser versöhnlichen Geste darf aber nicht übersehen werden, daß sie ein tatsächliches Entgegenkommen an die Forderungen der Kirche noch nicht bringt. Es bleibt bei den Verbots des Uniformtragens, der öffentlichen Aufmärsche, des Sports und aller Betätigungen nichtreligiöser Art für die konfessionellen Jugendvereine. Die Rede Grohes ist veranlaßt durch die große Unzufriedenheit im Rheinlande, wo die Nationalsozialisten längst wieder nur eine Minderheit im Volke geworden sind.

## Katholische „Aasgeler“

### Eine Beschwerde des Bischofs von Berlin

Die „Oberschlesische Volkszeitung“ bringt einen Bericht über eine Versammlung der Hitlerjugend in Hindenburg, den sie mit folgender Überschrift versieht: „Ammerlahn gegen die Aasgeler der Nation.“ Der Obergebetsführer Ost der HJ wider die Zwittertracht. — Das Lager der Ber-

Fortsetzung siehe zweite Seite.













